

man auf die Nachkriegszeit, so lassen sich die grundlegenden Entwicklungen mit der vorhandenen Literatur gut nachzeichnen. Fragen im Kontext der Entnazifizierung, die für die vorliegende Untersuchung von besonderer Bedeutung sind, werden dabei ebenso breit diskutiert wie jene im Zusammenhang mit der allgemein festzustellenden Reintegration „großer und kleiner Nazis“ in die bundesdeutsche Gesellschaft.¹⁴ Die seit einigen Jahren verstärkt aufgekommenen institutionengeschichtlichen Untersuchungen haben diesbezüglich wichtige Details zutage gefördert. Viele dieser Studien konzentrieren sich allerdings stark auf personelle Kontinuitäten in einzelnen Ämtern und Behörden, weswegen sie für die vorliegende Arbeit nur partiell Verwendung finden.¹⁵ Von größerer Bedeutung

Fahne hoch“. Schulpolitik und Schullalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz (Ergebnisse, Bd. 35). Hamburg 1986; Albin Dannhäuser (Hrsg.): Erlebte Schulgeschichte 1939 bis 1955. Bayerische Lehrerinnen und Lehrer berichten. Bad Heilbrunn 1997; Edgar Weiß/Elvira Weiß: Pädagogik und Nationalsozialismus. Das Beispiel Kiel. Kiel 1997; Fritz Schäffer: Ein Volk – ein Reich – eine Schule. Die Gleichschaltung der Volksschule in Bayern 1933–1945 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Bd. 175) 2001; Klaus Klattenhoff/Gerhard Schäfer/Helmut Sprang/Paul Weßels (Hrsg.): Beiträge zur Schulgeschichte Ostfrieslands (Regionale Schulgeschichte, Bd. 10,3). Oldenburg 2007; Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“. Hamburg 2010; Kathrin Stern: Ländliche Elite und Volksgemeinschaft – Ostfrieslands Volksschullehrkräfte im „Dritten Reich“. In: *Totalitarianism and Democracy* 10, 2013, H. 1, S. 17–36; Jörg Fligge: Lübecker Schulen im „Dritten Reich“. Eine Studie zum Bildungswesen in der NS-Zeit im Kontext der Entwicklung im Reichsgebiet. Lübeck 2014; Jürgen Finger: Eigensinn im Einheitsstaat. NS-Schulpolitik in Württemberg, Baden und im Elsass 1933–1945 2016; Benjamin Ortmeier (Hrsg.): Berichte gegen Vergessen und Verdrängen. Von 100 überlebenden jüdischen Schülerinnen und Schülern über die NS-Zeit in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 4. Aufl. 2016; Ingeborg Wiemann-Stöhr: Die pädagogische Mobilmachung (Klinkhardt Forschung). Bad Heilbrunn 2018.

14 Vgl. insbesondere. Clemens Vollnhals (Hrsg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*. München 1991; Hans Braun/Uta Gerhardt/Everhard Holtmann (Hrsg.): *Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945*. Baden-Baden 2007; Wilma R. Albrecht: *Entnazifizierung. Der verfehlt politische Neubeginn in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg*. München 2008; Dierk Hoffmann: *Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949 (Kontroversen um die Geschichte)*. Darmstadt 2011; Wolfgang Brenner: *Zwischen Ende und Anfang. Nachkriegsjahre in Deutschland*. München 2016.

15 Für die vorliegende Untersuchung wurden insbesondere folgende Titel näher betrachtet: Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann (Hrsg.): *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. München 2010; Manfred Görtemaker/Christoph Safferling: *Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit*. Bonn 2017; Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.): *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10295)*. Bonn 2018; Alexander Nützenadel (Hrsg.): *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10147)*. Bonn 2018; Stefan Creuzberger/Dominik Geppert (Hrsg.): *Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im*

sind dagegen die zahlreich erschienenen wissenschaftlichen Arbeiten, die den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten bzw. im vereinten Deutschland breit gefasst dokumentieren.¹⁶ Insgesamt kann die vorliegende Untersuchung stark davon profitieren, dass über viele Aspekte der „Vergangenheitspolitik“¹⁷ ein solides Wissen existiert. Für den Bereich der „Umerziehungs-“ bzw. Bildungspolitik, speziell der Reorganisation des Schulwesens in Deutschland, ist die Zahl meist lokal bzw. regional ausgerichteter Studien ebenfalls recht groß. Auch hier lassen sich viele Hinweise ausfindig machen, die für diese Studie von Nutzen sind.¹⁸

geteilten Deutschland 1949–1972 (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10320). Bonn 2018.

- 16 Vgl. etwa Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten (Zeithistorische Studien, Bd. 4). Berlin 1995; Michael T. Greven (Hrsg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Opladen 2000; Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz (Beck'sche Reihe, Bd. 1416). München 2. Aufl. 2007; Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte. Überwindung, Deutung, Erinnerung. München 2009; Arnd Bauerkämper: Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945. Paderborn/München 2012; Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Histoire, Bd. 53). Bielefeld 3. Aufl. 2015; Norbert Frei/Christina Morina/Franka Maubach/Maik Tändler: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin 2. Aufl. 2019.
- 17 Norbert Frei hat den Begriff der „Vergangenheitspolitik“ mit seinem gleichnamigen Standardwerk geprägt. Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 2. Aufl. 2003.
- 18 Vgl. insbesondere Karl-Heinz Füssl: Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Paderborn/München 2. Aufl. 1995; Winfried Müller: Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 36). München 1995; Sybille Deffner: Die Nachkriegswirren im bayerischen Volksschulwesen 1945–1954 unter besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Re-educationsbemühungen. Dargestellt anhand konkreter Verhältnisse und Geschehnisse bevorzugt im bayerischen Franken 2001; Birgit Braun: Umerziehung in der amerikanischen Besatzungszone. Die Schul- und Bildungspolitik in Württemberg-Baden von 1945 bis 1949. Münster 2004; Stefanie Rönnau: Zwischen Tradition und Neuerung. Die Einrichtung des allgemeinbildenden Schulwesens in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg (1946–1951). Kiel 2004; Josef Kaufhold/Klaus Klattenhoff (Hrsg.): Entnazifizierung der Lehrerschaft in Ostfriesland (Regionale Schulgeschichte, Bd. 10.5). Oldenburg 2016; Anja Bilski: Die Entnazifizierung des Düsseldorfer Höheren Schulwesens nach 1945. Demokratisierung und personelle Säuberung im Umfeld von Wiederaufbau und Reorganisation des Schulwesens einer Großstadt in der britischen Zone (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 87). Essen 2016.

Gleichwohl zeigt sich gerade bei der Beschäftigung mit der GEW, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit auch 75 Jahre nach Kriegsende noch längst nicht als abgeschlossen angesehen werden kann. Wie bereits angedeutet wurde, muss in Bezug auf das NS-Erbe der Bildungsgewerkschaft von zahlreichen „blinden Flecken“ gesprochen werden. Die GEW stellt hierbei aber keine Ausnahme dar. Stattdessen kann festgestellt werden, dass die allermeisten Gewerkschaften und auch der größte Teil der außergewerkschaftlichen Interessenorganisationen bis heute kaum Anstrengungen unternommen haben, ihr eigenes Handeln oder das ihrer Vorläufer im Nationalsozialismus nicht nur aus einer „Opferperspektive“ heraus darzustellen, sondern vielmehr (selbst-)kritisch zu reflektieren und Verantwortung zu übernehmen.¹⁹ Auch die größte Dachorganisation von Gewerkschaften in Deutschland, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stellte im diesem Punkt lange Zeit keine Ausnahme dar.²⁰

Nicht zuletzt aufgrund der eingangs geschilderten Spannungen und Kontroversen innerhalb der GEW hat sich der Hauptvorstand dazu entschlossen, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Geschichte der Bildungsgewerkschaft konsequent und umfassend aufarbeiten zu lassen. Die vorliegende Arbeit kann als „Pionierstudie“ angesehen werden. Sie soll dazu beitragen, einige der bestehenden Wissenslücken, die sich innerhalb der Gewerkschaftsgeschichte bezüglich der NS-Vergangenheit auftun, zu schließen.

Für die Untersuchung wurden unterschiedliche Quellen ausgewertet, darunter die wichtigsten (Verbands-)Zeitschriften, insbesondere die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“, „Erziehung & Wissenschaft“ und „Die Deutsche Schule“. Des Weiteren wurden die noch überlieferten frühen Bestände des GEW-Hauptvorstands und einzelner Landesverbände zurückgegriffen, die sich mehrheitlich im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn befinden. Da abgesehen von

19 Vgl. Michael Schneider: Erinnerungskulturen der Gewerkschaften nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“. Düsseldorf 2018; Stefan Berger (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945 (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, Darstellungen, Band 60). Essen 2015.

20 Lange Zeit bestanden auch zu der größten Dachorganisation von Gewerkschaften in Deutschland, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, große Wissenslücken, was dessen Umgang mit der NS-Vergangenheit betraf. Nachdem auf zwei historisch-politischen Konferenzen in den Jahren 1979 und 1983 die Frage der Kapitulation der Gewerkschaften vor dem Nationalsozialismus erstmals breiter diskutiert wurde, wobei die Thematik der Anpassung bzw., Kollaboration ehemaliger Gewerkschafter mit den Nationalsozialisten ausgespart blieb, erschien erst im Jahr 2004 eine Studie, die den Umgang des DGB mit der NS-Vergangenheit für die 1950er und 1960er Jahre kritisch in den Blick nahm. Vgl. Thomas Köcher: „Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!“? Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den fünfziger und sechziger Jahren (Schriftenreihe / Hans-Böckler-Stiftung). Münster 2004.

den Unterlagen des Hauptvorstands keine Findbücher zu den Aktenkonvoluten der einzelnen Landesverbände existieren, war eine gezielte Recherche leider erheblich erschwert, wenn nicht gar in Teilen unmöglich. Hinzu kommt, dass die Akten der GEW keinesfalls lückenlos überliefert sind. Besonders aus den einzelnen Landesverbänden fehlen wichtige Unterlagen für die Anfangsjahre bis auf wenige Ausnahmen fast gänzlich. Dennoch sind im AdsD relevante Akten in ausreichender Zahl zugänglich, die für den hier behandelten Untersuchungszeitraum herangezogen werden können. Als besonders wertvoll erwiesen sich die umfangreichen, vollständig transkribierten Wortprotokolle der ersten Vertreterversammlungen und Kongresse sowie zahlreiche Arbeitspapiere und Aufzeichnungen des Hauptvorstands und einzelner Landesverbände. Eine Besonderheit sind die Bestände mit der Bezeichnung „Vor Detmold“, die vor allem sehr alte Dokumente aus der unmittelbaren Nachkriegszeit beinhalten. Angelegt wurden die drei Aktenordner umfassenden Unterlagen von Fritz Thiele, einem der Gründerväter der GEW. Sie gestatten direkte Einblicke in die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaft und wurden ebenfalls für die Studie umfassend ausgewertet.

Mögliche ergänzende Quellen, die im Rahmen von weiteren Archivbesuchen gegen Ende des zeitlich klar umrissenen Forschungsprojekts auffindig gemacht werden sollten, konnten aufgrund der ab März 2020 bestehenden massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Kontext der Corona-Pandemie nicht mehr mit einbezogen werden. Dies ist ohne Frage bedauerlich. So ließen sich etwa ein für März 2020 geplanter erneuter Besuch im Archiv der sozialen Demokratie sowie eine anschließende Sichtung von Unterlagen im Bundesarchiv Berlin, bei dem unter anderem die NSDAP-Mitgliederkartei herangezogen und ausgewertet werden sollte, um (zumindest formale) Hinweise auf den Belastungsgrad einzelner Funktionsträger innerhalb der jungen GEW zu erarbeiten, nicht mehr durchführen. Nichtsdestotrotz konnten mit den bis dahin berücksichtigten Materialien alle wesentlichen Aspekte und Themenbereiche der Untersuchung bearbeitet werden.

Die Studie folgt einem chronologischen Aufbau. Um Erkenntnisse zu den eingangs genannten Fragestellungen zu erlangen, werden in einem ersten Schritt zunächst die Rahmenbedingungen benannt, unter denen die durch Diktatur und Krieg zerrüttete deutsche Gesellschaft sich neu zu ordnen begann. Schon zu dieser Zeit waren Fragen nach Schuld und Verantwortung immanent. Sie fanden ihren Ausdruck in der bis heute gebräuchlichen Umschreibung des Kriegsendes als „Stunde Null“, weshalb dieser Begriff und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten einleitend diskutiert werden sollen.

In einem zweiten Schritt wird das eigentliche „NS-Erbe“ der GEW ausführlich dargelegt. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie sich die Lehrerschaft im Nationalsozialismus mehrheitlich positionierte und verhielt. Um dies bestimmen zu können, rückt zunächst die Zeit vor 1933 in den Blick. Die allermeisten Lehrkräfte, die in den zwölf Jahren des „tausendjährigen Reiches“ und auch in der

Nachkriegszeit an den Schulen unterrichteten, taten dies bereits in der Weimarer Republik, wenn nicht gar schon im Deutschen Kaiserreich. Die Wertmaßstäbe und Erfahrungen, die Lehrerinnen und Lehrer in dieser Zeit erworben haben, müssen berücksichtigt werden, um wichtige Erklärungsansätze und Urteilsgrundlagen für ihr Handeln in der NS-Zeit erarbeiten zu können.

Das dritte Kapitel widmet sich dann der Zeit des Nationalsozialismus und analysiert zunächst die Auswirkungen der Gleichschaltungsmaßnahmen auf die Lehrerschaft. Sichtbarste Folge war, dass die Lehrerverbände und mit ihnen die einzelnen Lehrkräfte nahezu geschlossen in den Nationalsozialistischen Lehrerbund NSLB eintraten. Ob und inwiefern eine Zugehörigkeit zum NSLB als Ausdruck einer Affinität zum Nationalsozialismus verstanden werden kann, gilt es anschließend zu klären. Im weiteren Verlauf soll ein ausführlicher Blick auf die Schul- und Bildungspolitik des NS-Regimes weitere Erkenntnisse darüber zutage fördern, ob die Mehrheit der Lehrerschaft die Initiativen und Maßnahmen der Nationalsozialisten in diesem Bereich begrüßten oder gar ideell bzw. materiell von ihnen profitierte. Um das Verhältnis der Lehrkräfte zum Nationalsozialismus einschätzen zu können, erscheint es unerlässlich, auch ihr alltägliches Handeln im Schulalltag in den Blick zu nehmen, was anschließend geschieht. Wie sehr dabei der Zweite Weltkrieg sowohl die Politik des Regimes wie auch die Lebenswelt der Lehrkräfte veränderte, soll ebenfalls erläutert werden, bevor abschließend auf das Ausmaß und die Konsequenzen von widerständischem Verhalten unter der Pädagogenschaft eingegangen wird. So lässt sich annäherungsweise der „Preis“ bestimmen, den Lehrerinnen und Lehrer zu zahlen bereit sein mussten, wollten sie sich den Forderungen der nationalsozialistischen Machthaber nicht nur im Kleinen widersetzen, sondern konsequent verweigern.

Nachdem das „NS-Erbe“ der Lehrerschaft umrissen wurde, erfolgt im anschließenden Kapitel ein genauer Blick auf die Nachkriegszeit, in der die GEW gegründet und aufgebaut wurde. Charakteristisch und in unmittelbarem Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit stehend waren insbesondere die Vorgänge um die Entnazifizierung, die zunächst von den alliierten Siegermächten eingeleitet, wenig später dann durch deutsche Stellen fortgesetzt und bald darauf auch wieder beendet wurden. In gebotener Kürze werden dabei die Besonderheiten in den einzelnen Besatzungszonen verdeutlicht und die wichtigsten allgemeinen Auswirkungen der Entnazifizierung benannt, um anschließend auf die Reorganisation des Schulwesens sowie auf die Dimensionen und Auswirkungen der Entnazifizierung in Bezug auf die Lehrerschaft einzugehen. Nachdem diese Rahmenbedingungen beschrieben sind, wird aufgezeigt, wie die Gründung von Lehrerverbänden im besetzten Deutschland vonstattenging und unter welchen Voraussetzungen die GEW ihre Arbeit aufnahm. Besonderes Augenmerk wird auf die Frage gelegt, welche Personen den Auf- und Ausbau vorantrieben und welchen Einfluss die NS-Vergangenheit auf die Arbeit der Organisation hatte. An